

Antrag

der Fraktion der AfD

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Für unsere Heimat Rheinland-Pfalz – Polizei stärken, Sicherheit gewährleisten

I. Der Landtag stellt fest:

Der bisherige Personalplanungsansatz der Polizei in Rheinland-Pfalz ist nicht ausreichend. Die VZÄ bewegen sich aktuell – jährlich leicht schwankend – zwischen 9 100 und 9 200 Dienststellen. Zielsetzung sollten jedoch rund 10 000 VZÄ sein. Dies ermöglicht die effektive Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land und eine ausreichende Personalausstattung der einzelnen Polizeiinspektionen und -dienststellen, auch im Sinne eines gesunden Arbeitens sowie der Verminderung von Überstunden.

Die von Innenminister Lewentz angekündigten 500 Neueinstellungen von Polizeianwärtern sind unzureichend. Es bedarf einer größeren Anzahl an Polizeianwärtern in Ausbildung, um die Ruhestandsabgänge und die sonstigen personellen Abgänge aus dem aktiven Polizeidienst in Rheinland-Pfalz zu kompensieren und mittelfristig eine ausreichende Anzahl an Polizisten zum Schutz der Bürger bereitzustellen.

Speziell im ländlichen Raum müssen Polizeidienststellen und -wachen erhalten bleiben. Es ist von besonderer Bedeutung für das Sicherheitsgefühl der Bürger, dass speziell in ländlichen Räumen eine ausreichende Abdeckung mit Polizeidienststellen gegeben ist und im Notfall eine kurzfristige Verfügbarkeit sichergestellt werden kann.

Die Ausrüstung unserer Polizeibeamten wird flächendeckend auf das bestmögliche Niveau angehoben. Insbesondere bei der Frage der Einsatzfahrzeuge wird die Neuanschaffung von geeigneten Fahrzeugen insofern überprüft, dass auch Fahrzeugmuster geprüft werden, die sich an funktionalen Forderungen eines definierten Bedarfs orientieren. Mit einem Modellwechsel beispielsweise von einem Audi A4 auf einen Audi A6 sind das Platzproblem und ein wirklich einsatzorientiertes Fähigkeitsprofil nicht zu erreichen.

In den Besoldungsstufen A 9 und A 10 besteht ein Beförderungsstau, den es aufzulösen gilt. Weiterhin muss im Sinne einer Gleichbehandlung mit benachbarten Bundesländern dringend die freie Heilfürsorge für Polizeibeamte in Rheinland-Pfalz eingeführt werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die Polizei in Rheinland-Pfalz effektiv und mit ausreichenden finanziellen Mitteln zu unterstützen und zu modernisieren;

b. w.

- weitere Polizeibeamte auszubilden und den aktuellen Anforderungen angemessen auszurüsten, damit sie den bereits erkannten Gefahrenlagen begegnen können und eine ausreichende Sicherheit gewährleistet ist;
- sich für ein respektvolles Verhalten gegenüber Polizeibeamten einzusetzen, insbesondere die verbale und körperliche Übergriffigkeit im Dienstalltag zu bekämpfen;
- gewalttaten gegen Polizisten und Rettungskräfte entschieden entgegenzutreten und ferner eine schnelle und konsequente Verhandlung und Verurteilung vor Gericht sicherzustellen;
- sich für eine bessere Betreuung von verletzten und dienstunfähigen Polizeibeamten und Rettungskräften einzusetzen;
- sich für eine Besoldungsanpassung und die Auflösung des Beförderungsstaus zwischen den Gehaltsstufen A 9 und A 10 einzusetzen;
- die Freie Heilfürsorge für alle Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz einzuführen, um eine Gleichbehandlung mit benachbarten Bundesländern zu erreichen.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger